

Anschrift:
#####

#####, 31.10.2021

Aktenzeichen: #####

Guten Tag Herr Bönig,

hiermit lege ich Widerspruch gegen den Streitwert der im Aktenzeichen: ##### gezeichneten Kommunikation „#####klage vom ##.##.2021“.

Aussage:

- 12 x Nettomiete nach Gerichtskostengesetz GKG) kann nicht angewendet werden, da das Gerichtskostengesetz nicht rechtsgültig ist (in Version vom BGBl. I S. 154 - die Neufassung berücksichtigt das am 1. Juli 2004 in Kraft getretene Gesetz vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718)).

Begründung:

Das Gerichtskostengesetz von der Version (BGBl. I S. 154) wurde am 27. Februar 2014 vom Bediensteten des „Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz“ unterzeichnet.

Das „Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz“ ist eine eingetragene privatrechtliche Firma nach See- und Handelsrecht und darf keine hoheitlichen Handlungen vornehmen:

- D-U-N-S® Nummer: 33-015-2042
- https://www.dnb.com/de-de/upik-profile/330152042/bundesministerium_der_justiz_und_fur_verbraucherschutz

Das Gerichtskostengesetz von der Version (BGBl. I S. 718) wurde am 27. Februar 2014 vom:

- Bundespräsident
(https://www.dnb.com/de-de/upik-profile/340327143/der_bundesprasident, D-U-N-S® Nummer: 34-032-7143)
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (https://www.dnb.com/de-de/upik-profile/330152042/bundesministerium_der_justiz_und_fur_verbraucherschutz, D-U-N-S® Nummer: 33-015-2042)
- und vom Bediensteten "Gerhard Schröder" des Bundeskanzleramts
(<https://www.dnb.com/de-de/upik-profile/342914780/bundeskanzleramt>, D-U-N-S® Nummer: 34-291-4780) unterzeichnet.

Hierbei handelt es sich jeweils wieder um eingetragene privatrechtliche Firmen nach See- und Handelsrecht und diese dürfen keine hoheitlichen Handlungen vornehmen.

Das Urteil der BVerfG, 25.07.2012 – 2 BvF 3/11; 2 BvR 2670/11; 2 BvE 9/11: es steht fest, dass das „Bundeswahlgesetz“ ungültig ist und dass seit dem 07.05.1956 noch nie ein legitimierter Gesetzgeber am Werk war – somit insbesondere alle erlassenen „Gesetze“ und „Verordnungen“ seit 1956 ungültig und nichtig sind (ua. „BRAO“, „RVG“, „GKG“ usw).

Der Streitwert ist somit als unwirksam und rechtlich nicht relevant zu betrachten! Es gelten die SHAEF Gesetze in Deutschland. Deutschland steht unter Kriegsrecht.

Mit freundlichen Grüßen,
#####